

**Niederschrift über die
29. Sitzung des Kreisausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-
Saarburg am 25.07.2016 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier
(Öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:19** Uhr

Ende: **19:06** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter

Vertretung für Frau Simone Thiel

Herr Bernhard Busch

Herr Matthias Daleiden

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Herr Sascha Kohlmann

Herr Alfons Maximini

Frau Sabina Quijano Burchardt

Frau Jutta Roth-Laudor

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Dr. Karl-Georg Schroll

Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

bis 18:50 Uhr (TOP 8)

Herr Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Verwaltung

Herr Andreas Beiling

Leiter der Abteilung 7 - Jugendamt (zu TOP 7)

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Norbert Etringer

Leiter der Abteilung 3 - Gebäudemanagement und Schulen (TOP 1 - TOP 6)

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Herr Dr. Harald Michels

Leiter der Abteilung 8 - Gesundheitsamt (bis TOP 9.1)

Herr Thomas Müller

Pressestelle (bis TOP 2)

Frau Martina Scheid

Leiterin des Referates 74 - Wirtschaftliche Hilfen (zu TOP 7)

Frau Irmgard Schmitt

Leiterin des Referates 31 - Kaufmännisches Gebäudemanagement (zu TOP 2)

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs III

Gäste

Herr Dieter Klever

Mitglied des Kreistages

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Schäfer
Frau Simone Thiel

entschuldigt
entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Zu Beginn der Sitzung beschließt der **Kreisausschuss** jeweils einstimmig die Thematik „Levana-Schule Schweich, Neubau einer Lagerhalle - Freianlagen; Überplanmäßige Ausgabe“ als neuen Tagesordnungspunkt 6, die Thematik „Sozialraumorientierte Jugendhilfe im Landkreis Trier-Saarburg; a) Vorstellung der Evaluationsberichte des Jahres 2015 aus den 4 Sozialräumen b) Darstellung der verbrauchten Finanzvolumina in den 4 Sozialräume im Jahr 2015“ als neuen Tagesordnungspunkt 7 sowie die Thematik „Personalangelegenheit; Unbefristete Einstellung eines Bachelor of Engineering in ein Vollzeitverhältnis“ als neuen Tagesordnungspunkt 9.4 und die Thematik „Personalangelegenheit; unbefristete Einstellung von zwei Bediensteten“ als neuen Tagesordnungspunkt 9.5 zu beraten. Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Sie wird daher wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Daraufhin informiert der **Landrat**, dass die Kreisverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger, um sich über Termine und öffentliche Niederschriften der Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse zu informieren, unter dem Link <http://www.buergerinfo.trier-saarburg.de> ein Bürgerinformationssystem anbiete. Entsprechend den Regelungen des Landesgesetzes zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene, welches zum 01.07.2016 in Kraft getreten sei, seien die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse ebenfalls zu den jeweiligen Sitzungen dargestellt.

Seit dem heutigen Tag gebe es unter der Rubrik „Bürgerinfo“ eine direkte Verlinkung von der Internetseite des Landkreises zum Bürgerinformationssystem und in der kommenden Ausgabe der Kreisnachrichten folge außerdem ein Hinweis zum Bürgerinformationssystem.

Das Bürgerinformationssystem enthalte Informationen über öffentliche Bekanntmachungen und zu Tagesordnungspunkten der öffentlichen Beratungen. Dabei seien die Niederschriften der öffentlichen Beratungen von besonderer Bedeutung. Durch das Landesgesetz zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene werden die Sitzungsöffentlichkeit und die Information der breiten Öffentlichkeit stärker in den Vordergrund gerückt. Im Zusammenhang mit der größeren Möglichkeit der Einsichtnahme in Niederschriften zu öffentlichen Beratungen des Kreistages und seiner Ausschüsse sei fraglich, wie fortan die Erstellung der Niederschrift praktiziert werden solle. Bisher seien alle Redebeiträge in die Niederschriften des Kreisausschusses aufgenommen worden. Diese Niederschriften würden an Bedeutung gewinnen, demnach wolle er den Kreisausschuss befragen, ob diese Praxis zukünftig geändert werden solle. Die Geschäftsordnung des Kreistages schreibe gemäß § 29 Abs. 1 vor, dass über jede Sitzung des Kreistages eine Niederschrift anzufertigen sei. Dies müsse lediglich den Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung, den Namen des Vorsitzenden, der anwesenden Kreisbeigeordneten, der lei-

tenden staatlichen und leitenden kommunalen Beamten, der Kreistagsmitglieder, des Schriftführers und der sonstigen Sitzungsteilnehmer, sowie Namen der entschuldigt und unentschuldigt fehlenden Kreistagsmitgliedern, die Tagesordnung, die Form der Beratung (öffentlich/nichtöffentlich) und der Abstimmung (offen/geheim/namentlich) über die einzelnen Beratungsgegenstände, den Wortlaut der Beschlüsse und das Ergebnis der Abstimmungen, bei namentlicher Abstimmung Name und Stimmabgabe der einzelnen Kreistagsmitglieder, wesentliche Aussagen und Anregungen der Fraktionen und Redner, die Namen der Mitglieder des Kreistages, die von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen waren und schlussendlich sonstige wesentliche Vermerke über den Ablauf der Sitzung (z.B. Unterbrechung, Ordnungsmaßnahmen) enthalten. Diese Regelungen würden nach § 32 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Kreistages analog auf den Kreisausschuss zutreffen.

Ein Wortprotokoll sei nicht erforderlich. Lediglich auf Verlangen jedes Gremienmitgliedes werde dessen abweichende Meinung oder der Inhalt seiner persönlichen Erklärung zu einem Beschluss in der Niederschrift vermerkt, sofern die abweichende Meinung oder die persönliche Erklärung vor der Beschlussfassung geäußert wurde. Dies gelte nicht bei geheimer Abstimmung.

Seitens der Verwaltung sei eine grundsätzliche Reduzierung des Protokolltextes der Kreisausschusssitzungen auf Ergebnisprotokolle vorstellbar. Auf Verlangen würden weitergehende Wortmeldungen eines einzelnen Kreisausschussmitgliedes bzw. einer Fraktion aufgenommen werden.

Zum Schutz der einzelnen Gremienmitglieder in Anbetracht der gesetzlichen Änderungen sehe er eine Veranlassung über diesem Umstand im Kreisausschuss zu beraten.

Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD) erklärt, dass er die Nachvollziehbarkeit des Verlaufs der Willensbildung unter den Fraktionen besonders wichtig empfinde, auch um später nochmal die Angelegenheit nachzulesen. Die Information über das Abstimmungsergebnis alleine sei nicht immer aufschlussreich.

Von Seiten der SPD-Kreistagsfraktion sei es wichtig, dass die Positionen der Fraktionen deutlich werden, so Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Die Kreisnachrichten würden sehr allgemeingehalten über die Kreispolitik berichten und die Positionen der Fraktionen stünden dabei nicht im Vordergrund. Sie sehe eine Wichtigkeit darin, anderslautende Positionen der Fraktionen zu verdeutlichen. Dies müsse nicht zwangsläufig namentlich erfolgen, sollte aber mindestens je Fraktion erkennbar sein.

Ihr seien Protokollstile anderer Verwaltungen wohl bekannt, so Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen). Deshalb schätze sie die Handhabung der Kreisverwaltung Trier-Saarburg sehr. Ein ausschließliches Ergebnisprotokoll halte sie für überflüssig. Transparenz und Bürgernähe bedeute, dass auch der Verlauf der Willensbildung erkennbar sein sollte und die Bürger in diesen Prozess einbezogen werden können. Die verschiedenen Position und Argumente, welche vertreten würden, sollten nachlesbar sein. Demzufolge spreche sie sich für die jetzige Protokollform aus, insbesondere vor dem Hintergrund einer größeren Transparenz.

Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) erklärt, dass er als Einzelperson besonders großen Wert darauf lege, dass seine Position dokumentiert würde. Durch die Erstellung eines Ergebnisprotokolls sehe er die Gefahr einer Unterrepräsentation seiner Position. Politische Minderheiten würden so weniger in der Öffentlichkeit

wahrgenommen werden und die politische Arbeit sei nicht zu erkennen. Die bisherige Protokollführung sollte zumindest bei den Kreistagssitzungen so weitergeführt werden.

Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP) geht zunächst auf die vorgeschriebenen wesentlichen Bestandteile der Protokollführung ein, welche das Beschlussergebnis und abweichende Meinungen, wenn diese gewollt seien, umschließe. Generell sei es aber sinnig, eine ausufernde Protokollführung zu begrenzen. Er sehe keine Erforderlichkeit, politische Reden im Kreisausschuss öffentlichkeitswirksam zu führen. Diese Reden seien den Kreistagssitzungen vorbehalten. Insofern könne über eine Reduzierung des Protokolltextes der Kreisausschusssitzungen durchaus nachgedacht werden. Außerdem gehe er nicht davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger Interesse daran haben, derart umfangreiche Niederschriften im Detail zu lesen.

Die Argumente für und wider in den verschiedenen Beratungen sollten nach wie vor zumindest aufgelistet bzw. kurz genannt werden, so Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG). Für die demokratische Willensbildung sei es erforderlich, die Position der verschiedenen politischen Gruppierungen erkennbar zu machen.

Mit der heutigen Anregung wolle die Verwaltung deutlich machen, dass der gesetzliche vorgeschriebene Inhalt unter dem Standard der Verwaltung liege, so Büroleiter **Fuchs**. Alle Vorberatungen in den Ausschüssen des Kreistages würden nunmehr öffentlich geführt. Das bedeute gleichwohl, dass alle Wortmeldungen und Ansichten der einzelnen Ausschussmitglieder und Fraktionen für die breite Öffentlichkeit einsehbar seien. Die Verwaltung sah sich zum Schutz der Einzelpersonen veranlasst, auf diesen Umstand hinzuweisen. Die gültige Geschäftsordnung sehe einen wesentlich geringeren Umfang des Protokolltextes vor und schreibt das Recht vor, einzelne Wortbeiträge auf Verlangen aufzunehmen. Die Verwaltung sei nicht in der Position zu unterscheiden, welche Beiträge wesentlich seien und welche nicht.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) spricht sich dafür aus, über die Angelegenheit nochmals in einer Sitzung des Ältestenrates nach den Sommerferien zu beraten. Er sehe zudem eine Problematik in der Regelung der Geschäftsordnung. Jedes Mitglied könnte seinen eigenen Wortbeitrag als besonders erwähnenswert erachten, so dass ein Wortprotoll die Folge sei. In der Praxis werde eine deutlich unterschiedliche Handhabung angewandt. Auch sei die Diskussionstiefe in den verschiedenen Gremien in den Landkreisen äußerst unterschiedlich.

Bisher habe es keine Diskussion über den Umfang der Niederschriften gegeben, so Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen). Nunmehr wo die breite Öffentlichkeit stärker in die politische Willensbildung eingebunden werden solle, werde dieser Umstand zum Thema gemacht.

Alleine die Tatsache, dass mehr Bürgerbeteiligung stattfinden solle, könne kein Grund sein, die Protokolltexte zu reduzieren.

Landrat **Schartz** erwidert daraufhin, dass seine Anregung nicht darauf abzielen sollte, Beratungsverläufe zu verbergen. Es sei ihm lediglich wichtig, zum Schutze eines Einzelnen, auf diesen Umstand hinzuweisen. Zudem sei es sinnvoll auch zukünftig einen Interessenaustausch in kleinen Kreis zu ermöglichen, ohne das Einzelpersonen in der Öffentlichkeit an ihrer Meinung und der Wiedergabe ihrer Wortmeldungen

festgemacht würden. Außerdem beobachte er den stetig wachsenden Umfang der Niederschriften.

Nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Gremien müssten gemeinschaftlich lernen, mit den neuen gesetzlichen Regelungen umzugehen, so Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Sicherlich sei die Ansicht des Landrates verständlich, denn es seien durchaus Themen vorstellbar, die sinnvollerweise vorerst im kleinen Kreis besprochen werden sollten, um effizient zu handeln.

Landrat **Schartz** sagt nach abschließender Diskussion zu, die Niederschriften wie bisher durch die Verwaltung unter Nennung aller Wortmeldungen der Ausschussmitglieder fertigen zu lassen und nochmals im Rahmen des Ältestenrates auf diese Thematik einzugehen.

Er sehe den ökonomischen Nutzen durch eine Kürzung der Protokolle nicht, so Kreis Ausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten). Wenn jedes Mitglied auf die Nennung seiner Wortmeldung bestehe, gebe es keinen Ansatz zur Änderung. Zudem schätze er die ausführliche Protokollführung der Kreisverwaltung.

Tagesordnung:

1. **Kommunales Bildungsmanagement; Kooperations- und Zielvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Transferagentur Rheinland-Pfalz - Saarland und dem Landkreis Trier-Saarburg; Vorlage: 0151/2016/1**
2. **Europaweite Ausschreibung der Gebäudereinigung in kreiseigenen Objekten; Vorlage: 0171/2016/1**
3. **Geschwister-Scholl-Schule Berufsbildende Schule Saarburg, Außenstelle Hermeskeil - Brandschutz- und Tragwerkssanierung - Auftragsvergabe
Vorlage: 0230/2016**
4. **Gymnasium Hermeskeil; Auftragsvergaben; Vorlage: 0176/2016**
5. **Schulzentrum Saarburg; Sporthalle - Sanierung der Nebenräume; Auftragsvergaben; Vorlage: 0231/2016**
 - 5.1 -nichtöffentlich-
 - 5.2. **Beschlussfassung - Schulzentrum Saarburg; Sporthalle - Sanierung der Nebenräume; Auftragsvergaben**
6. **Levana-Schule Schweich, Neubau einer Lagerhalle - Freianlagen; Überplanmäßige Ausgabe; Vorlage: 0250/2016**
7. **Sozialraumorientierte Jugendhilfe im Landkreis Trier-Saarburg;**
 - a) **Vorstellung der Evaluationsberichte des Jahres 2015 aus den 4 Sozialräumen**
 - b) **Darstellung der verbrauchten Finanzvolumina in den 4 Sozialräume im Jahr 2015; Vorlage: 0245/2016**
8. **Informationen und Anfragen**

1. **Kommunales Bildungsmanagement; Kooperations- und Zielvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Transferagentur Rheinland-Pfalz - Saarland und dem Landkreis Trier-Saarburg**
Vorlage: 0151/2016/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und erläutert die Vorteile eines kommunalen Bildungsmanagements. Insbesondere könne die Datenlage zugunsten eines besseren Gesamtblicks auf die Bildungspolitik im Landkreis verbessert werden.

Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP) nimmt die Thematik zum Anlass um auf eine Problematik hinzuweisen. Er habe am vergangenen Freitag an der Lossprechung der Schreiner bei der Kammer teilgenommen. Dabei sei mitgeteilt worden, dass die Zahl der jungen Menschen, die dort einen Abschluss eingehen, dramatisch abgenommen habe. Er sehe diese Aussage sehr allarmierend, auch analog zu anderen handwerklichen Ausbildungen. Die Anzahl der Schreinerauszubildenden habe sich von rd. 7.000 Auszubildenden um die Hälfte auf 3.500 Auszubildende verringert. Hinzu komme, dass von diesen 3.500 Personen ca. 500 Auszubildende den Abschluss nicht schafften.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion der Kooperations- und Zielvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Transferagentur Rheinland-Pfalz-Saarland und dem Kreis Trier-Saarburg mit dem Ziel der Zusammenarbeit und der Unterstützung des Kreises bei der Entwicklung und der Umsetzung eines datenbasierten integrierten Bildungsmanagements nicht zustimmen werde. Er begründet diese Entscheidung damit, dass die Fraktion die Darstellungen zu allgemein gehalten sehe und wenige Chancen für dieses Projekt einräume.

Auch Fraktionsvorsitzender **Daleiden** (FWG) schätzt dieses Projekt zu undurchsichtig, zu wissenschaftlich beschreiben und zu wenig mit Erfolgchancen behaftet ein. Die FWG-Kreistagsfraktion werde ebenfalls den Beschlussvorschlag ablehnen.

Landrat **Schartz** hingegen erklärt, dass er große Chancen sehe, durch dieses Projekt die Datenlage aufzuwerten, um die bisherige segmentmäßige Betrachtung zu verbessern.

Daraufhin fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt, entsprechend der Empfehlung des Schulträgersausschusses, dem Abschluss der im Entwurf vorgelegten Kooperations- und Zielvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Transferagentur Rheinland-Pfalz – Saarland und dem Kreis Trier-Saarburg – mit dem Ziel der Zusammenarbeit und der Unterstützung des Kreises bei der Entwicklung und der Umsetzung eines datenbasierten integrierten Bil-

dungsmanagements – zu.

Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen hierfür sind über den Kreishaushalt 2016 gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 8 Nein-Stimmen und 6 Gegenstimmen

Im Anschluss an die Beschlussfassung bittet Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) darum, den Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien über die Beschlussfassung des Kreisausschusses zu informieren.

Der **Landrat** sagt diese Information zu.

2. Europaweite Ausschreibung der Gebäudereinigung in kreiseigenen Objekten; Vorlage: 0171/2016/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und die Beratungen im Verwaltungsrat der TSW AÖR zu diesem Thema. Die Verwaltung schlägt vor, die laufende Unterhaltsreinigung, der Grundreinigung sowie der Glas- und Rahmenreinigung in den kreiseigenen Gebäuden (Fremdreinigung) europaweit für einen Zeitrahmen von 4 Jahren auszu-schreiben.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Die Fraktion habe lange zu diesem Thema diskutiert. Die Reinigungsleistung durch externe Firmen sei nicht immer zufriedenstellend und Arbeitsplätze seien für die Arbeitnehmer oftmals unattraktiv. Zudem sei die Einstellung und Verwaltung von eigenem Personal mit Aufwand für die Verwaltung verbunden, denn die Arbeitszeiten müssten geregelt, die Arbeitspläne erstellt, der Urlaub und die Vertretung geklärt werden, etc. Alle diese zusätzlichen Aufgaben und Organisationsschritte seien für die Verwaltung nicht unmittelbar durchführbar. Durch die vorgenannten Gründe spreche sich die CDU-Kreistagsfraktion für eine europaweite Ausschreibung mit dem Ziel der externen Beauftragung aus.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erklärt, dass die SPD-Kreistagsfraktion dem Vorschlag der Verwaltung für eine europaweite Ausschreibung nicht zustimmen werde. Die Fraktion sei über das gesamte Verfahren die Jahre hinweg enttäuscht und eine Ausschreibung der Leistung sei nicht der ideale Weg. Zwar sei bereits im Verwaltungsrat der TSW AÖR dargestellt worden, dass eine Durchführung der Reinigungsleistung in Eigenregie kostenintensiver sei, jedoch spreche sich die Fraktion trotzdem für diese Variante aus. Zudem sei es möglich, schrittweise auf eine Eigenreinigung umzustellen. Zudem bemängelt sie, dass nach der Erstellung des Konzeptes der Kostendarstellung keine weiteren Schritte durch die Verwaltung unternommen seien. Die Kosten dürften nicht ausschließlich die Grundlage für die Entscheidung darstellen. Eine Rückmeldung der

Schulen und die Information über deren Einschätzung zu dieser Thematik fehlten völlig. Letztlich sei eine Eigenleistung eine Chance um Gewissheit zu haben, dass die Reinigungskräfte ausreichend vergütet würden und die Arbeit in einem angemessenen Zeitplan zu schaffen sei. Selbstverständlich werde ein Mindestlohn gezahlt, jedoch ergebe sich oftmals die Problematik, dass ein viel zu enger Zeitplan bestehe, in dem es nicht möglich sei, die geforderte Leistung zufriedenstellend zu erbringen. Die Variante einer Durchführung der Reinigungsleistung in Eigenregie sei nicht ernsthaft als Alternative zur externen Vergabe ins Auge gefasst worden.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Wortmeldungen ihrer Vorrednerin an und lehnt auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit eine erneute europaweite Ausschreibung ab, denn das Reinigungsgewerbe sei generell kein arbeitnehmerfreundliches Gewerbe. Außerdem erfragt sie eine Zusammenstellung aller Ausschreibungen, zu denen die Rechtskanzlei Kohl mit der juristischen Beratung beauftragt worden sei und welche Kosten damit verbunden seien. Hintergrund sei die Fragestellung, ob eine juristische Beauftragung überhaupt immer erforderlich sei, denn die Kreisverwaltung habe bereits eine Reihe von europaweiten Ausschreibungen durchgeführt, so dass bereits Erfahrungswerte bestünden. Außerdem sehe Sie durchaus eine Möglichkeit, innerhalb des Hauses entsprechendes Personal zu qualifizieren.

Der **Landrat** verneint diese Aussage. Die Kreisverwaltung sei keineswegs juristisch so aufgestellt, dass auf eine externe juristische Beratung bei derartig komplexen Verfahren verzichtet werden könne.

Die FWG-Kreistagsfraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen, so Fraktionsvorsitzender **Daleiden** (FWG). Diese Entscheidung richte sich nicht ausschließlich nach Kostenerwägungen. Vielmehr sei es problematisch das notwendige Personal auf dem freien Markt zu finden. Er berichtet von seinen Erfahrungen und den Problemen, geeignetes Reinigungspersonal für kommunale Kindergärten zu finden.

Landrat **Schartz** stimmt seinem Vorredner zu und erklärt, dass dies auch den Erfahrungen der Kreisverwaltung entspreche.

Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) fasst zusammen, dass drei verschiedene Tarifmöglichkeiten gegeben seien. Einerseits bestehe der Mindestlohn, darüberhinaus gebe es den Tarif Gebäudereinigung und andererseits könne eigenes Reinigungspersonal nach dem TVÖD vergütet werden. Eine europaweite Ausschreibung laufe auf eine Vergütung nach dem Mindestlohn hinaus, was letztlich die geringste Lohnperspektive für das Reinigungspersonal darstelle. Als Kompromissvorschlag sehe er eine Möglichkeit über die TSW AöR eigenes Personal für die Reinigung der kreiseigenen Gebäude nach dem Tarif Gebäudereinigung einzustellen. Es sei zu bezweifeln, dass es mit dem Mindestlohn eine vernünftige Altersvorsorge für diese Menschen gebe und Grundsicherungsleistungen seitens der Kommunen in Anspruch genommen werden müssten. Er lehne den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab.

Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP) teilt mit, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Ferner berichtet er über Überlegungen, auf Kreisebene eine gemeinsame Vergabestelle für die Vergaben des Landkreises und der Verbandsgemeinden einzurichten.

Landrat **Schartz** bezieht sich auf die Aussage seines Vorredners und erklärt, dass eine gemeinsame Vergabestelle die Bündelung aller Vergabeaktivitäten bedeute, was vor allen Dingen die Regelvergabe betreffe. Auch beziehe sich diese Vergabestelle auf die Einführung der sog. e-Vergabe. Insofern müsse dies unabhängig davon gesehen werden. Nicht nur der Landkreis, auch die Verbandsgemeinden seien dazu angehalten. Ob es zu einer gemeinsamen Vergabestelle auf Kreisebene komme, sei noch nicht abzuschätzen. Bisher sei die Stelle seitens der Kreisverwaltung noch nicht eingerichtet und somit unbesetzt. Insofern helfe diese Information derzeit nicht weiter.

Daraufhin fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die europaweite Ausschreibung der laufenden Unterhaltsreinigung, der Grundreinigung sowie der Glas- und Rahmenreinigung in den kreiseigenen Gebäuden (Fremdreinigung). Mit der vergaberechtlichen Begleitung der Neuausschreibung wird die Kanzlei Dr. Kohl Rechtsanwälte, Trier, beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 9 Ja-Stimmen und 5 Gegenstimmen

3. **Geschwister-Scholl-Schule Berufsbildende Schule Saarburg, Außenstelle Hermeskeil - Brandschutz- und Tragwerkssanierung - Auftragsvergabe; Vorlage: 0230/2016**

Protokoll:

Landrat **Schartz** geht auf die Vorlage der Verwaltung ein. Auf Grund der Regelungen des Landesgesetzes zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene seien die nachfolgenden Vorlagen bzgl. der Beratung und Beschlussfassung über Auftragsvergaben entsprechend für die öffentliche Sitzung aufbereitet worden. Falls weitergehende Informationen bzgl. der Firmen durch den Kreisausschuss erforderlich seien, müsse ggf. situativ die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden.

Der **Kreisausschuss** nimmt die Information des Vorsitzenden zur Kenntnis.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) informieren der **Landrat** und Abteilungsleiter **Etringer**, dass die Leistung öffentlich ausgeschrieben worden sei. Zwei Unternehmen haben die Ausschreibungsunterlagen angefordert, von denen darauf-

hin ein Unternehmen lediglich ein Angebot eingereicht habe.

Weitergehende Fragen seitens des **Kreisausschusses** bestehen nicht. Er fasst anschließend den folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterte Auftragsvergabe für die Brandschutz- und Tragwerkssanierung an der Berufsbildenden Schule Hermeskeil.

Elektroinstallationsarbeiten:

Fa. A+F Elektrotechnik, Theley

Auftragssumme **285.707,90€**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Gymnasium Hermeskeil; Auftragsvergaben; Vorlage: 0176/2016

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Er fasst sodann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Auftragsvergaben für die Sanierung der Freisportanlage (Gewerke 1+2) sowie die Sanierung der Prallwände der Turnhalle (Gewerk 3) am Gymnasium Hermeskeil.

A. Sanierung Freisportanlage

1.) Los 1 – Erdbau, Tiefbau, Wegebau:

Fa. Strabag GmbH, Dortmund Auftragssumme **315.059,02 €**

2.) Los 2 – Deckenarbeiten Spielfeld und Leichtathletikanlagen

Fa. Cordel Bau, Wallenborn Auftragssumme **238.638,00 €**

B.) Sanierung der Prallwände Turnhalle

3.) Prallwände

Fa. SpoTec, Eisenach

Auftragssumme **75.675,31 €**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. **Schulzentrum Saarburg; Sporthalle - Sanierung der Nebenräume; Auftragsvergaben; Vorlage: 0231/2016**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

5.1 -nichtöffentlich-

5.2. **Beschlussfassung - Schulzentrum Saarburg; Sporthalle - Sanierung der Nebenräume; Auftragsvergaben**

Protokoll:

Nachfolgend fasst der Kreisausschuss den untenstehenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Auftragsvergaben für die Sanierung der Nebenräume der Sporthalle im Schulzentrum Saarburg.

Fliesen- und Plattenarbeiten

Firma Baukeramik Wedekind GmbH, Mehring Auftragssumme 89.754,05 €

Elektroinstallation

Firma Elektro Bloeck, Trier Auftragssumme 94.071,46 €

Sanitärinstallation

Firma Rauls, Saarburg Auftragssumme 111.541,50 €

Raumlufttechnische Anlagen

Firma Heinrich Kind, Saarburg Auftragssumme 104.781,70 €

Heizanlagen

Firma Rauls, Saarburg Auftragssumme 29.701,92 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

6. **Levana-Schule Schweich, Neubau einer Lagerhalle - Freianlagen; Überplanmäßige Ausgabe; Vorlage: 0250/2016**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** informiert über den Hintergrund der Auftragsvergabe im Zusammenhang mit der Lagerhalle.

Da von Seiten des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die in der Sachdarstellung der Vorlage er-

läuterte überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 25.000,0 € für die Bau-
maßnahme „Neubau einer Lagerhalle“ und die Ausführung von Freianla-
gen an der Levana Schule in Schweich.

Die überplanmäßige Ausgabe im Jahr 2016 wird durch Minderausgaben
im Teilhaushalt 3 bei der Maßnahme 540308 (Gymnasium Saarburg – Sa-
nierung des naturwissenschaftlichen Traktes) gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. **Sozialraumorientierte Jugendhilfe im Landkreis Trier-Saarburg;**
a) Vorstellung der Evaluationsberichte des Jahres 2015 aus den 4
Sozialräumen
b) Darstellung der verbrauchten Finanzvolumina in den 4 Sozialräu-
me im Jahr 2015; Vorlage: 0245/2016

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Abteilungsleiter **Beiling** informiert, dass seitens der Bündnis 90/Die Grü-
nen-Kreistagsfraktion in der Sitzung des Kreistages am 11.12.2015 eine
Evaluierung des gesamten Themenkomplexes in Anbetracht der gestiege-
nen Leistungen in der Jugendhilfe und speziell in der Hilfe zur Erziehung
gefordert worden sei. Dazu sollte eine Überprüfung der Effizienz der Maß-
nahmen in den einzelnen Sozialräumen unter Einbeziehung des zusätz-
lich, außerhalb des Sozialraumteams, erbrachten Hilfeleistungen und unter
Einbeziehung der Vollzeitpflege erfolgen.

Daraufhin informiert er über die Sozialraumorientierte Jugendhilfe im
Landkreis Trier-Saarburg anhand einer Präsentation (Anlage).

Auf Rückfrage des Ersten Kreisbeigeordneten **Schmitt** (CDU) informiert
Abteilungsleiter **Beiling**, dass das Finanzvolumen des Allgemeinen Sozia-
len Dienstes (ASD) nicht den Kooperationspartnern, sondern in der Ent-
scheidungsfreiheit dem Jugendamt zugeordnet sei. Die Finanzierung der
Tagesgruppen sei aus dem ASD-Finanzvolumen zu entnehmen. Der Aus-
bau und die Loslösung der Gruppen verlaufen schwieriger als vorab ge-
dacht, was sicherlich auch der Übergangsphase geschuldet sei. Die Fälle
sollten sukzessive zurückgefahren werden. Das Finanzvolumen des ASD
bleibe unverändert.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt,
dass eine Evaluation ihrer Auffassung nach weitaus andere Aspekte bein-
halte. Dazu zählten Informationen über die Zusammenarbeit mit den Trä-
gern und Kenntnis wo Nachsteuerungsbedarf bestehe. Außerdem wün-
sche sie eine Aussage zu möglichen Rückläufen und Veränderungen in
den jeweiligen Bereichen. Außerdem sei zu erkennen, dass Alternativan-
gebote zur Tagesgruppe nicht von den Eltern nachgefragt würden. Gerne
wolle sie auf diesen Aspekt eingehen.

Abteilungsleiter **Beiling** berichtet, dass 2 junge Menschen weiterhin in einem teilstationären Setting in Hermeskeil betreut würden. Die übrigen 12 jungen Menschen würden in das System der flexiblen Hilfen übergeleitet. Dabei werde genau darauf geachtet, dass der Hilfebedarf der Kinder individuell betreut werde. Die Hilfe sei nicht schlechter, sondern werde nach den Bedarfen spezifischer aufgebaut. Über die Hilfeleistungsabbrüche würden zwar Zahlen erhoben, aber nicht langfristig genug, um ein aussagekräftiges Ergebnis zu benennen. In den vergangenen 3 Jahren seien von 467 Hilfebedarfen nur 12 Fälle nochmals im System zurückgeführt worden.

Des Weiteren berichtet er über die Erfahrungen mit den Sozialraumträgern und erklärt, dass die Arbeit sehr eng im Rahmen einer Lenkungsgruppe mit dem Führungspersonal funktioniere, ein regelmäßiger Austausch stattfinde und im wöchentlichen Austausch des Sozialteams auf Ebene der Fachkräfte Gespräche stattfinden würden.

Die Aufteilung der Personalstellen auf die Träger erschließe sich ihrer Auffassung nicht, so Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). So würden die Anteile im Sozialraum Schweich/Trier-Land und Ruwer wesentlich höher ausfallen, als in den übrigen Sozialräumen. Die Laufzeit von 42,3 Monaten bei teilstationären Hilfen erscheine zudem sehr hochgegriffen. Auch sie wäre an einer Information über Fallabbrüche interessiert.

Außerdem stellte sich eine Reihe von Fragen. Fraglich sei, ob in den Personalkosten laut des ISM, die Personalkosten der Kreisverwaltung enthalten seien und wie das Verhältnis der zu betreuenden Fälle zu der Anzahl der Mitarbeiter in der Kreisverwaltung aussehe. Außerdem fragt sie nach, ob die Tagesgruppe in Föhren noch bestehe.

Abteilungsleiter **Beiling** bestätigt, dass die Tagesgruppe in Föhren zwar noch bestehe, aber von anderen Jugendämtern belegt werde. Bei der Summe von 388 Euro handle es sich um einen Durchschnittswert des ISM der Aufwendungen der Jugendhilfe, in denen die Personalkosten des Jugendamtes nicht enthalten seien.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** erklärt, dass die Personalausstattung des Jugendamtes in den vergangenen Jahren durch Personalisierung, nicht zuletzt wegen der Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, erhöht worden sei. In 2015 zeige sich nun eine deutlich bessere Personalquote.

Durch alternative und flexible Hilfemöglichkeiten sollen die Tagesgruppen als teilstationäre Hilfe abgebaut werden. Die Eltern sollen stärker eingebunden werden und aktiv mitwirken. Bisher zeigten sich gute Erfahrungen. Die heutigen Informationen sollten dem Kreisausschuss einen Überblick ermöglichen. In den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses werde im Rahmen einer stetigen Evaluierung zeitnah und regelmäßig durch Frau Stoff, Sozialplanungsbüro „Plan B“, berichtet. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung werde zudem noch intensiver beraten.

Die Verwaltung beabsichtige mit der heutigen Information einen Überblick über die Entwicklungsdaten und Kennzahlen zu vermitteln, aus denen hervorgehe, dass die Sozialraumorientierung ein Erfolg sei. Die fachliche Dis-

kussion finde schwerpunktmäßig im Jugendhilfeausschuss statt.

Abteilungsleiter **Beiling** teilt ergänzend mit, dass ein Abbruch der Inanspruchnahme der Hilfen des Jugendamtes durchaus durch das Jugendamt hinterfragt werde. Jedoch handle es sich bei den Hilfen lediglich um ein Angebot des Jugendamtes, ohne weitergehende Handhabung. Anders sei dies, wenn der Verdacht einer Gefährdung im Raum stehe. Dann bestehe die Möglichkeit, weitere Schritte durch das Familiengericht einzuleiten. Wenn notwendig, werde davon Gebrauch gemacht.

Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP) geht auf mögliche Kooperation in der Jugendpflege ein, welche durch präventive Maßnahmen auf Verbandsebene tätig seien. Auf dieser Ebene müsse mehr getan werden, um spätere Fallzahlen, welche beim Jugendamt aufschlagen würden, zu verringern. Im Bereich der Jugendpflege sei ebenso Personal aufgestockt worden. Die Zusammenarbeit der Jugendpflege im Kreis verlaufe trotz weniger Reibungspunkte sehr gut.

Kreisbeigeordnete **Nickels** (CDU) gibt zu bedenken, dass im Gespräch viele unterschiedliche Hilfeleistungen angesprochen worden seien und bittet darum, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Im Mittelpunkt der Hilfeart stehe immer die Familie. Durch die Sozialraumorientierte Jugendhilfe habe trägerübergreifend eine Qualitätsentwicklung stattgefunden. Das System sei sehr positiv zu beurteilen. Es werde insbesondere darauf geachtet, dass die Kinder und Jugendlichen dazu ermutigt würden, ihren Tagesablauf individuell zu gestalten und das unabhängig von Tagesgruppen. Die flexible Hilfe und die Förderung der Selbstständigkeit solle eine optimale spezifische Hilfestellung ermöglichen. Das Leben der jungen Menschen solle nicht außerhalb der Schulklasse, von Vereinen oder der Familie stattfinden. Lediglich eine punktuelle Förderung und Betreuung solle stattfinden und die Eltern sollten stärker einbezogen werden und die Erziehungsziele benennen. Die Personalstellen seien an den Fällen orientiert.

Der **Landrat** sagt zu, die durchschnittliche Laufzeiten der beendeten Maßnahmen (Jahresdurchschnitte in 2015) um die Werte der Vorjahre durch die Verwaltung ergänzen zu lassen, sowie Vergleiche am Jahresanfang und Jahresende hinzuzufügen, um dadurch aussagekräftige Vergleichswerte mehrere Jahre zu erhalten. Entsprechende Unterlagen würden im Nachgang zu dieser Sitzung den Kreisausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

8. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird eine separate Niederschrift erstellt.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Günther Scharz)
Landrat

(Christine Inglen)
Kreisoberinspektorin